

## US-LNG: Kommission will Gaseinkäufe bis 2050 vermitteln

Von Manuel Berkel

**Die EU-Kommission hat eine ausführliche Erläuterung zum Energiedeal mit den USA veröffentlicht. Sie kündigt darin eine eigene Beteiligung an und stiftet Verwirrung über die Laufzeit der Verträge.**

Die EU-Kommission will europäischen Unternehmen eine Plattform für jahrzehntelange Käufe von Flüssiggas aus den USA zur Verfügung stellen. „Die Kommission ist bereit, einen speziellen Prozess – AggregateEU – zu organisieren, um die Nachfrage von juristischen Personen in der EU zu erfassen und sie mit wettbewerbsfähigen US-LNG-Lieferungen für den Zeitraum 2025 bis 2050 abzugleichen“, schreibt die Kommission in einer [Erläuterung](#) vom Donnerstag zur [Handelsvereinbarung](#) mit der Trump-Regierung.

**Die Kommission schürt damit Unsicherheit über die Laufzeit der Gasverträge.** „Die Vereinbarung zwischen der EU und den USA beinhaltet die Absicht, in den nächsten drei Jahren bis Ende 2028 mehr US-Flüssigerdgas (LNG), Öl und Kernbrennstoffe sowie Spitzentechnologien und Investitionen zu beschaffen“, schreibt die Kommission in ihrer aktuellen Erläuterung und wiederholt damit Ankündigungen vom vergangenen Sonntag. Sollte die Laufzeit der neuen Lieferverträge aber bis zur Mitte des Jahrhunderts reichen, würde die Kommission weit über frühere Initiativen hinausgehen.

**Zuvor über AggregateEU vermittelte Verträge hatten eine Laufzeit von maximal fünf Jahren.** Die Kommission hatte das Instrument 2022 als Antwort auf den Angriff Russlands auf die Ukraine aufgelegt. Energieintensive Industrien und Gasunternehmen ohne eigenes LNG-Geschäft sollten so ihre Lieferquellen kostengünstig diversifizieren können. Die [letzte Auktion](#) für Anbieter und Nachfrager von Flüssiggas fand im März 2025 statt, die vermittelten Verträge haben eine Laufzeit bis Oktober 2030. Innerhalb von zwei Jahren hat die Kommission nach eigenen Angaben knapp 100 Milliarden Kubikmeter (bcm) Erdgas über die Plattform vermittelt – weit weniger als das nötige Volumen, um die nun im Handelsdeal avisierten 750 Milliarden US-Dollar zu erreichen.

**Einer Verlängerung von AggregateEU müssten die Mitgliedstaaten zustimmen.** Die gesetzliche Basis, Ratsverordnung 2022/2576, ist Ende 2024 ausgelaufen. Anfang Juli habe ein Kommissionsvertreter bei einer Veranstaltung zur [Energie- und Rohstoffplattform](#) bereits angekündigt, die neue Ausschreibung für Erdgas und Biomethan im zweiten Quartal 2026 durchzuführen, berichtet ein Teilnehmer.

**Die Kommission beteuerte am Donnerstag, die Kaufabsichten stünden nicht im Widerspruch zu den Klimazielen der EU.** Schon ab 2039 werden aber im ETS

voraussichtlich keine Emissionszertifikate mehr für Industrie und Energieerzeugung ausgegeben. Im ETS2 für Gebäude werden nach Angaben des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung voraussichtlich 2044 die letzten Zertifikate ausgegeben. Danach wäre die Nutzung von Gas allenfalls noch durch den Ausgleich mit negativen Emissionen denkbar.

**Die Kommission ruft die US-Regierung zu eigenen Anstrengungen auf.** „Die USA müssen diese Käufe unterstützen, indem sie einen uneingeschränkten Zugang sowie ausreichende Produktions- und Exportkapazitäten gewährleisten“, schrieb die Kommission. Am Mittwoch hatte die US-Administration laut Reuters mitgeteilt, Südkorea habe sich bei einem Zoll-Deal verpflichtet, in den nächsten vier Jahren Energieträger im Wert von 100 Milliarden US-Dollar zu kaufen. Dafür soll es nach koreanischen Regierungsangaben eine „leichte Verschiebung“ weg von Importen aus dem Nahen Osten geben.

**In der ersten Jahreshälfte sind US-Importe bereits deutlich gestiegen.** Nach der neuen Kommissionsübersicht hat die EU bis Juni 37 bcm amerikanisches LNG bezogen. Im gesamten Jahr 2024 waren es 45,3 bcm. Das finanzielle Volumen wird jedoch nach Einschätzung von Rystad vom Donnerstag weit hinter der neuen Zielmarke zurückbleiben. Die Analysten rechnen für 2025 mit einem Wert der US-LNG-Importe von 28 bis 34 Milliarden Dollar. In den nächsten Jahren werde der Preis wegen des neuen Angebots sinken, die EU müsste ihre Einfuhren also umso stärker erhöhen.